

Editorial: Die EU nach der Krise: Neuformierung und Zerfall

Die Krise hat in der Europäischen Union (EU) tiefe Spuren hinterlassen. Zehn Jahre nach ihrem Ausbruch ist das Gesicht der EU im Allgemeinen und der Eurozone im Besonderen deutlich verändert. Während sich Desintegrationstendenzen verstärken, wurde die institutionelle Architektur der EU über Ad-hoc-Maßnahmen und im Modus eines permanenten Ausnahmezustands umgebaut und ihr Kompetenzbereich ausgeweitet.

Schon früher hatten verschiedene Autor*innen in *PROKLA* 144 Krisentendenzen und Probleme der EU und insbesondere der Eurozone benannt. Vor allem die ungleiche regionale Entwicklung wie auch das demokratische Defizit wurden damals als mögliche Auslöser benannt. Beide Defizite sollten sich als ursächlich für die Krise ab 2008 erweisen. Bis heute hat die europäische Krisenbearbeitung auf die damit verbundenen Desintegrationstendenzen jedoch keine Antwort gefunden. Die tieferliegenden Ursachen der Krise sind nach wie vor virulent und bedrohen das europäische Projekt in seiner Existenz.

Zwar werden die Spitzen der EU nicht müde zu betonen, dass „sich der Wind gedreht hat“ und sich die EU „im fünften Jahr eines Wirtschaftsaufschwungs“ befindet, „der wirklich in jedem Mitgliedstaat ankommt“, wie EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker es in seiner Rede zur Lage der Union 2017 ausdrückt. Doch dieser Optimismus erscheint vor dem Hintergrund der tiefen Zerfallstendenzen vor allem als Durchhalteparole. Ökonomisch

können zwar einige Länder aktuell wieder ein leichtes Wirtschaftswachstum verzeichnen, jedoch sind v.a. in den südlichen Euroländern die Arbeitslosigkeit und die Schuldenlast nach wie vor erdrückend hoch. Insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit ist in vielen Ländern dramatisch angestiegen, sodass eine verlorene Generation zur Migration in die europäischen Zentren gezwungen ist. Aufgrund der Austeritätspolitik, mit der die Krise von herrschender Seite bearbeitet wurde, stagniert auch die Lohnentwicklung. Gewerkschaften werden in ganz Europa in die Defensive gedrängt. Selbst im europäischen Zentrum sind Lohnforderungen von mehr als 3 Prozent eine Seltenheit geworden. Zugleich muss die EZB durch historisch niedrige Zinsen und den massiven Ankauf von Staatsanleihen ein weiterhin fragiles Finanz- und Bankensystem stabilisieren. Dessen neuralgischen Punkt bildet in erster Linie Italien, wo sich die Widersprüche der europäischen Krisenbearbeitung derzeit mit besonderer Intensität verdichten. So hat nicht nur die italienische Bankenkrise im Januar 2017 gezeigt, wie schnell das europäische Finanzsystem wieder an den Rand des Abgrunds geraten kann. Auch der sprunghafte Anstieg der Risikoaufschläge auf italienische Staatsanleihen bei der Bildung der neuen Regierung aus Lega Nord und Cinque-Stelle-Bewegung macht deutlich, dass die Eurokrise keinesfalls langfristig oder gar nachhaltig überwunden wurde (vgl. hierzu den Beitrag von *Thomas Sablowski, Etienne Schneider und Felix Syrovatka* in diesem Heft).

Mindestens genauso gravierend wie die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen sind die politischen Erosionsprozesse. Das Vertrauen in die EU verbleibt auf dem niedrigsten Stand ihrer Geschichte. Zugleich feiern in fast allen Mitgliedsstaaten neue und alte rechte bis rechtsextreme Parteien mit EU-kritischen Positionen einen Erfolg nach dem anderen. Während in Frankreich die rechtspopulistische Kandidatin Marine Le Pen mit der Forderung nach einer Rückkehr zur nationalen Währung in die Stichwahl der Präsidentschaftswahlen gelangte, plädiert in Italien mittlerweile der Großteil des Parteienspektrums für einen Ausstieg aus der europäischen Gemeinschaftswährung. Der sogenannte Sommer der Migration 2015 hat zudem die Krise des europäischen Migrationsregimes offenbart, in der sich die EU als weitestgehend steuerungs- und durchsetzungsunfähig erwies. Dublin II und Dublin III werden derzeit durch eine neue Allianz aus CSU sowie den Regierungen von Österreich, Italien und den Viségrad-Ländern ausgehebelt. Insbesondere die sogenannte Viségrad-Gruppe aus Polen, Ungarn, der Slowakei und der Tschechischen Republik entwickelte sich in diesen migrationspolitischen Auseinandersetzungen zunehmend als eigenständige Akteursformation innerhalb der EU (vgl. den Beitrag von *Joaachim Becker*). Um in dieser Konstellation dennoch den Anschein politische Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, rückt in der europäischen Migrationspolitik als kleinster gemeinsamer politischer Nenner noch stärker als zuvor die zunehmend brutalere Abschottung nach außen in den Vordergrund. Im Zuge dessen entstehen immer neue Abwehrmechanismen und Machtdispositive gegen Menschen auf der Flucht: angefangen vom sogenannten „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei und der Operation Triton über die Stärkung von

Frontex bis hin zur aktuellen Diskussion, außerhalb der EU Auffanglager zu bauen (vgl. hierzu den Beitrag von *Sonja Buckel*).

Trotz dieser Erosionstendenzen haben auf institutioneller Ebene zahlreiche Ad-hoc-Maßnahmen in Folge der Wirtschaftskrise zugleich zu einer Weiterentwicklung und Vertiefung der europäischen Integration geführt. So sind neue Institutionen wie der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) oder die Europäischen Bankenaufsicht entstanden, neue Mechanismen wie das Europäische Semester wurden durchgesetzt und festgeschrieben und bestehende Institutionen wie die Eurogruppe oder die Europäische Zentralbank (EZB) durchliefen einen grundlegenden Funktions- und Bedeutungswandel (vgl. *Joscha Abels* und *Maria Kader*). Wer von diesen Veränderungen in der EU allerdings profitiert, ist nach wie vor undurchsichtig und entsprechend umstritten. Während einige die supranationalen Akteure wie EU-Kommission als Gewinner der institutionellen Verschiebungen sehen, sind andere wiederum der Meinung, dass vor allem die intergouvernementalen Institutionen wie die Eurogruppe und der Europäische Rat ihren Kompetenz- und Machtbereich ausbauen konnten. Anders als noch in anderen Krisenperioden der EU ist ein neuer großer integrationspolitischer Schritt weiterhin nicht in Sicht, sodass sich der europäische *Modus Operandi* weiterhin als „Fahren auf Sicht“ beschreiben lässt. Dieser Zustand scheint vor allem in der zunehmenden Asymmetrie der deutsch-französischen Achse zu wurzeln, welche in der Krise noch weiter in Schiefelage geriet. Während die abnehmende politische und wirtschaftliche Macht Frankreichs gegenüber Deutschland abnimmt, wird die Vertiefung der europäischen Wirtschaftsintegration insofern blockiert, als sich Deutschland im Gegensatz zu früheren

Phasen der europäischen Integration bisher kaum zu Zugeständnissen gegenüber Frankreich, Italien und der südeuropäischen Peripherie bewegen lässt.

Zugleich wird die EU mit dem Brexit erstmals kleiner werden. Die Tragweite des Brexits für die EU, die politischen Mehrheitsverhältnisse wie auch die ökonomischen Auswirkungen sind bis jetzt nicht absehbar. Sicher ist jedoch, dass der beschlossene Austritt Großbritanniens einen tiefen Einschnitt mit politischen Implikationen für das gesamte europäische Integrationsprojekt darstellt. Die erste Reaktion auf den Brexit war die Ankündigung einer Verteidigungsunion, welche nun nach 1952 erstmals wieder als durchsetzungsfähig gilt. So war es bisher die britische Regierung gewesen, die sich mit Verweis auf die NATO sowie auf die Eigenständigkeit ihrer militärischen Planungs- und Sicherheitspolitik einer Vergemeinschaftung der Verteidigungspolitik verwehrt hatte. Nach der Wahl von Donald Trump und einer verstärkt unilateralistisch orientierten Außenpolitik der USA scheint die Europäische Union zunehmend auch militärisch als eigenständiges imperialistisches Zentrum agieren zu wollen. Entsprechende politische Förderung vonseiten der EU erhält die verstärkte militärische Kooperation, kurz PESCO (*Permanent Structured Cooperation*) auch deshalb, weil sich hier – entgegen den Blockaden und Desintegrationstendenzen in anderen Bereichen – eine neue Integrationsdynamik abzuzeichnen scheint.

PESCO ist nicht zuletzt auch als Reaktion auf die geopolitischen Verschiebungen zu verstehen, die sich durch die erneute politische und wirtschaftliche Eskalation zwischen Russland und den USA, aber auch zwischen der EU und Russland vollzogen haben. Die EU ist immer noch stark von den Öl- und Gaslieferungen aus Russland abhängig. Zugleich findet sie sich innerhalb

einer neuen Triadenkonkurrenz zwischen China und den USA eingezwängt. Auf der einen Seite versucht die EU, die von den USA über lange Zeit geprägte globale Handelsarchitektur zu erhalten, auf der anderen Seite sucht sie jedoch zugleich die Nähe Chinas, mit dem in der Krise zahlreiche Handelsverträge geschlossen wurden. Die Häfen von Piräus bis Duisburg sind fest in das chinesische Mega-Projekt der *Neuen Seidenstraße* eingebunden, wodurch sich die europäische Abhängigkeit von China weiter vergrößern wird.

Doch welche Alternative haben wir zu diesem Europa? In der Krise gab es zahlreiche Demonstrationen, Proteste und soziale Bewegungen und sogar linke Regierungsprojekte. In Spanien, Frankreich, Portugal und Griechenland wurden Plätze besetzt und für ein „Europa von unten“ geworben. Mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung, mehr Transparenz waren die Schlagwörter jener Bewegungen, die mittlerweile von den Plätzen und aus den Medien verschwunden sind. Was aber ist davon übrig geblieben? Wo stehen die linken Parteien in Europa heute, angesichts von schweren politischen Erschütterungen infolge der Krise und dem Aufstieg der Rechten in vielen europäischen Mitgliedsstaaten? Einige davon sind in Regierungen gekommen, womit zahlreiche Hoffnungen und Wünsche verbunden waren, die jedoch meist schnell enttäuscht wurden. Während SYRIZA in Griechenland das dritte Rettungspaket angenommen und die Austeritätspolitik fortgeführt hat, scheint die von der Linken tolerierte sozialdemokratische Regierung in Portugal kleine Fortschritte vorweisen zu können (vgl. *Komposopoulos* in diesem Heft). Das wirft die Frage auf, welche Alternativen wir eigentlich zu jener Europäischen Union haben, die bisher vor allem eine Wirtschaftsintegration unter neoliberalen Vorzeichen war.

Ziel des vorliegenden Heftes ist es, die tiefgreifenden Rekonfigurationsprozesse des europäischen Integrationsprojekts nach zehn Jahren Krise in ihrer Bedeutung und Dynamik zu erfassen und kritisch zu bewerten. *Thomas Sablowski, Etienne Schneider und Felix Syrovatka* gehen in ihrem Beitrag der Frage nach, welche Resultate die mittlerweile zehn Jahre andauernde austeritätspolitischen Krisenbearbeitung in Europa hatte. Sie vertreten die These, dass sich durch das europäische Krisenmanagement die Regulation des Lohnverhältnisses (Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik) zunehmend auf die europäische Ebene verlagert hat. Dies ermöglichte eine kurzfristige Überwindung der Krise auf Kosten der Lohnabhängigen insbesondere in Südeuropa. Die grundlegenden Ungleichgewichte und Widersprüche ungleicher europäischer Entwicklung wurden dadurch jedoch nicht beseitigt und verdichten sich aktuell insbesondere in Italien.

Maria Kader führt in ihrem Beitrag systematisch in das oft unüberschaubare Dickicht neuer Banken- und Finanzmarktregulierungen seit der Krise ein. Unter dem Strich, so ihr Argument, kam es zwar durchaus zu einer Re-Regulierung. Die Interessenslagen und Strategien verschiedener Kräfte und Akteursgruppen blockieren jedoch die Anwendung neuer Regularien derart, dass der europäische Banken- und Finanzsektor keineswegs weniger fragil und krisenanfällig als vor der Krise wäre. *Joscha Abels* beschreibt in seinem Text den Aufstieg der Eurogruppe zur zentralen politischen Institution innerhalb des europäischen Ensembles von Staatsapparaten. Die Eurogruppe, so seine These – ist der Hauptprofiteur des Umbaus der Währungs- und Wirtschaftsunion in der Krise und hat erheblich an Kompetenzen hinzugewonnen. Den Grund dafür sieht

er vor allem im informellen Charakter der Eurogruppe, der es ihr ermöglicht, finanzpolitische Entscheidungsfindung zu flexibilisieren und sie zugleich vom demokratischen Prozess zu entkoppeln. Auch *Sonja Buckel* konzentriert sich in ihrem Beispiel auf Entwicklungen im europäischen Staatsapparatenensemble. Nach dem Sommer 2015 der Migration und der Krise des europäischen Migrationsregimes kam es zu einer Neuzusammensetzung der EU-Migrationspolitik. So wurde die Zusammenarbeit mit autoritären Regimen verstärkt sowie durch den Bau von Außenlagern ein „zweiter Ring der Externalisierung“ weiter ausgedehnt. Buckel entwickelt die These, dass es seit dem Sommer der Migration zu einer zunehmenden Europäisierung der Migrationspolitik gekommen ist, was sie insbesondere an der institutionellen Weiterentwicklung von Frontex zu einem genuin europäischen Staatsapparat verdeutlicht. Einen nicht unbedeutenden Anteil an der Entwicklung der europäischen Migrationspolitik hat der Aufstieg der lange vernachlässigten Viségrad-Gruppe zu einer sichtbaren Akteursformation in der EU. Vor diesem Hintergrund geht *Joachim Becker* in seinem Beitrag der polit-ökonomischen Entwicklung dieser Länder in der europäischen Arbeitsteilung, der Rekonfiguration ihrer Machtblöcke seit der Krise und ihrer Positionierung zur europäischen Integration nach. Er begreift die eigenständige Positionierung der Regierungen Polens und Ungarns als Ausdruck eines umfassenderen Desintegrationsprozesses in der EU, zeigt aber auch die Unterschiede zwischen den Viségrad-Ländern und die Grenzen ihrer Dissidenz angesichts ihrer abhängigen polit-ökonomischen Entwicklung auf. Nicht nur in den Viségrad-Staaten können Desintegrationstendenzen beobachtet werden. Auch in Italien wächst die Ablehnung der EU und vor allem der

Europäischen Währungsunion. Dabei sind es in Italien vor allem rechtsradikale Parteien und Formationen, welche von der europakritischen Stimmung profitieren. Die aktuelle italienische Regierungskoalition aus der rechtspopulistischen MoVimento 5 Stelle und der rechtsradikalen Lega zeugt davon. Eine Formation, welche den Aufstieg der radikalen Rechten in Italien ermöglichte, ist Casa Pound, deren Mobilisierungspraxis *Philipp Becher* in seinem Artikel analysiert. Abgeschlossen wird der Heftschwerpunkt durch eine Analyse der Erfahrungen linker Regierungspolitik in Zeiten der Austerität in Griechenland und Portugal von *Jannis Komsopoulos*. Mit diesem Fokus greift der Beitrag auch eine Diskussion auf, die mit dem Austritt der französischen Parti de Gauche aus der Partei der Europäischen Linken neu entflammt ist: Haben sich die linken Kräfte an der Regierung in Griechenland und Portugal zu (unfreiwilligen) Erfüllungsgehilfen der Austeritätspolitik gemacht oder das bestmögliche unter den gegebenen Bedingungen und Kräfteverhältnissen erreicht? Die sicherlich kontroverse Schlussfolgerung des Beitrags: Da weder die griechische noch die portugiesische Regierung zu einem Bruch der EU und Eurozone bereit waren, haben die Parameter des mit den Troika-Programmen durchgesetzten „entbetteten Neoliberalismus“ letztlich akzeptiert und weitergeführt.

Laut Marx ist Gewalt in den Grundstrukturen des Kapitalismus verankert. Hier hakt *Heide Gerstenberger* in ihrem Beitrag außerhalb des Schwerpunkts ein. Marx habe zu Recht darauf hingewiesen, dass die Reproduktion des Kapitalismus nicht auf der Praxis der direkten Gewalt beruht. Aber diese historische Möglichkeit ist nicht mit der tatsächlichen Entwicklung des Kapitalismus zu verwechseln – die Geschichte des Kapitalismus negiert

die marxistische Geschichtsphilosophie. Seit der Globalisierung des Kapitalismus müssen Praktiken der direkten Gewalt als Elemente seines normalen Funktionierens anerkannt werden, so Gerstenberger.

Außerhalb des Schwerpunkts würdigen wir zudem in zwei Beiträgen Elmar Altvater, der am 1. Mai 2018 verstarb (siehe Nachruf in PROKLA 191). Unter altvater.prokla.de haben wir alle Beiträge von ihm, die er (zum Teil mit anderen zusammen) in der PROKLA veröffentlichte, frei zugänglich gemacht. Wie relevant, aktuell und weitsichtig seine wissenschaftliche Arbeit war und wie aktuell sie noch heute sind, wollen wir in den kommenden zwei Ausgaben zeigen. Anhand jeweils eines PROKLA-Artikels werden wir auf insgesamt vier thematische Schwerpunkte seiner Arbeit eingehen. In der vorliegenden Ausgabe stellt *Thomas Sablowski* Altvaters Beitrag zu einer Theorie des Weltmarkts vor. Ein Thema, das Altvater von Beginn seiner wissenschaftlichen Arbeit begleitet hat. *Ingo Stützle* stellt einen Beitrag aus der PROKLA 32 von 1978 vor, der sich liest wie ein aktueller kritischer Kommentar zur sogenannten Eurokrise – und das, obwohl der Text 40 Jahre alt ist. In der kommenden Ausgabe werden wir Altvaters Arbeiten zu Staat und Ökologie würdigen. Alle Beiträge werden wir zusammen mit dem Nachruf aus der letzten Ausgabe, seinen Texten aus der PROKLA und zusätzlichem Material auf der oben genannten Seite sammeln und aufbereiten.

Wer auf www.prokla.de vorbeischaut, wird feststellen: Wir haben eine neue Website! Es ist zwar noch einiges zu tun, damit sie so funktioniert, wie wir uns das vorstellen. Dazu zählt vor allem das PROKLA-Archiv, das wir wissenschaftlichen Standards anpassen wollen. Dies bedeutet, dass wir die gesamten 192 Ausgaben zerschneiden, verschlagworten und in unsere

Datenbank hochladen müssen. Bei mehr als 2000 Artikeln aus den letzten 48 Jahren ist das eine ziemliche Arbeit. Daher wird das PROKLA-Archiv erst im Laufe des Jahres vollständig abrufbar sein. Das alte Archiv findet sich solange unter <http://archiv.prokla.de>. In den kommenden Editorials werden wir darüber informieren, wie wir damit und mit anderen neuen Vorhaben vorwärtskommen. Über Feedback und Fehlermeldungen freuen wir uns.

*Étienne Schneider und Felix Syrovatka
(für die Redaktion)*

Erratum

Leider ist uns in der letzten Ausgabe ein grober Fehler unterlaufen. Im Beitrag „Ausnahmesegment. Form und Funktion sozialen Wohnungsbaus im transformierten Wohlfahrtsstaat“ von Barbara Schöning ist bei der Drucklegung eine Quelle verloren gegangen. Auf Seite 238 fehlt bei Abbildung 2 (Anteil an öffentlichen Fördermitteln von Bund/Land bzw. Stadt für geförderten Wohnungsbau 1980 bis 2012.) die Quelle: „Eigene Grafik nach Daten der Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung sowie Landeshauptstadt München (2012: 42)“ – wir bitten, den Fauxpas zu entschuldigen.

Der PROKLA Förderverein

Die PROKLA erscheint seit 1971 und bietet politisch engagierte sozialwissenschaftliche und ökonomische Analysen. Allein von den Verkaufserlösen kann sich die PROKLA nicht finanzieren und in die Abhängigkeit von Parteien oder großen Verlagen wollte sie sich nie begeben. Deshalb wird die PROKLA von einem Förderverein herausgegeben, der „Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.“, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt und die nächsten Themenschwerpunkte diskutiert.

Kritische Sozialwissenschaft kann nicht dem Markt überlassen werden. Ohne solidarische Strukturen und finanzielle Unterstützung sind Zeitschriften wie die PROKLA kaum möglich. Die regelmäßigen finanziellen Beiträge der Vereinsmitglieder ermöglichen das Erscheinen der PROKLA, sie schaffen die Voraussetzungen für Kontinuität und Planbarkeit, wie sie für die Redaktionsarbeit unabdingbar sind. Wir freuen uns über weitere Mitglieder, regelmäßige Spenden oder einmalige Zuwendungen. Weitere Informationen teilen wir gerne per E-Mail mit (redaktion@prokla.de).

Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.

IBAN: DE17 1001 0010 0538 1351 00

BIC: PBNKDEFF

Postbank Berlin